

Noch Strafzölle oder schon Wirtschaftskr



Die Sorge wächst, dass der Handelskonflikt zwischen den USA und China die Vorstufe zu militärischen Auseinandersetzungen ist. Doch so dramatisch ist die Lage noch nicht

ieg?



Häfen sind die Lebensadern der Weltwirtschaft. Das Foto zeigt einen Containerhafen in Singapur

Foto: chuttersnap / via unsplash.com

I

VON JOACHIM KRAUSE

In Politik und Medien ist immer wieder von einem „Wirtschaftskrieg“ oder einem „Handelskrieg“ zwischen den USA und der Volksrepublik China die Rede. Doch: Man sollte mit dieser Begrifflichkeit vorsichtig sein, denn echte Wirtschaftskriege gingen in der Geschichte zumeist mit militärischen Kriegen einher – wie die gegen England gerichtete Kontinentalsperre Napoleons oder Großbritanniens Handelsblockade gegen Deutschland im Ersten und im Zweiten Weltkrieg. In Einzelfällen sprach man von einem Handelskrieg oder gar einem Wirtschaftskrieg, wenn ein größeres Land versuchte, einem kleineren seinen Willen aufzuzwingen, ohne direkte militärische Mittel einzusetzen. Im Fall der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und China sollte der Begriff „Wirtschaftskrieg“ nicht Verwendung finden: weder befinden sich beide Staaten in einem Krieg, in dem der eine den anderen durch wirtschaftliche Maßnahmen glaubt schwächen zu müssen, noch sind beide Seiten dabei, der jeweils anderen Seite ihren Willen durch massive wirtschaftliche Maßnahmen aufzuzwingen. Letzteres dürfte angesichts der Größe und Stärke beider Staaten ohnehin weitgehend erfolglos sein, auch wenn die Trump-Regierung seit einem Jahr einen derartigen Anlauf nimmt – bislang mit wenig Erfolg.

Tatsächlich sind die amerikanischen-chinesischen Beziehungen im Wirtschaftsbereich seit vielen Jahren problembehaftet und harren einer Lösung. Schon zu Zeiten der Obama-Regierung wurde das erkannt, aber es geschah wenig, nicht zuletzt, weil Vorsicht angesagt war – was für Präsident Donald Trump offenkundig ein Fremdwort ist. Im Wesentlichen haben sich die folgenden Probleme aufgetan:

Ab den 1990er Jahren haben die USA, Japan und die EU-Staaten den internationalen Handel liberalisiert. China konnte durch eine rigorose merkantilistische (staatlich gelenkte; Anm. d.Red.) Politik vom industriellen Schwellenland zur führenden Exportnation aufsteigen. Ganze Industriezweige und mittlerweile auch ganze Dienstleistungssektoren verlagerten sich nach China. In den US-amerikanischen und europäischen Staaten fand gleichzeitig eine De-Industrialisierung statt, viele Arbeitsplätze gingen verloren und konnten nicht durch gleich- oder höherwertige Arbeitsplätze ausgeglichen werden.

Weil in China Staat und Industrie eng verquickt sind, wurden bestimmte Technologien gezielt erworben oder gefördert, oft unter Missachtung internationaler Regelungen. Das führte zu Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten der etablierten Industriestaaten. Durch den Aufstieg Chinas veränderte sich die Weltwirtschaft grundlegend. Enorme Ungleichgewichte entstanden und bestehende Probleme verschärfen sich. Ein Beispiel ist das große Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China und die zunehmende Verschuldung der USA.

Doch China gibt sich schon lange nicht mehr damit zufrieden, die „Werkbank der Welt“ zu sein. Das Land nutzt in zunehmendem Maß seine industriellen und technologischen Kapazitäten, um sich als militärischer Gegner der USA aufzubauen und diese herauszufordern. Aber China setzt nicht nur auf das Militär. Seine neugewonnene Macht nutzt es dafür, die Regeln des Welthandels, der Finanzwelt und der politischen Beziehungen nach seinen Vorstellungen neu zu gestalten.

Zur Zeit der Obama-Regierung wurden diese Themen lebhaft diskutiert und die US-Regierung versuchte, ihre Handelsbeziehungen neu ▶

zu regeln. Die Regierung unter Barack Obama wollte mit anderen Industriestaaten zum Beispiel im Rahmen der „Verhandlungen über Transpazifische und Transatlantische Partnerschaften für Handel und Investitionen“ (TTIP) ein Regelungsgerüst aufbauen, welches für faire Bedingungen im Handel miteinander sorgen sollte. Die massiven Demonstrationen von linken Globalisierungsgegnern in Europa gegen TTIP und die ebenso kurzsichtigen protektionistischen Vorstellungen konservativer und rechtspopulistischer Politiker in den USA haben diesen Ansatz zerstört.

Präsident Trump geht einen anderen Weg, um den Welthandel zugunsten der USA neu zu regeln und die US-Wirtschaft anzukurbeln. Er erhebt Zölle und schließt persönlich „Deals“ mit einzelnen Staaten ab. Ziel soll es sein, die negativen Begleiteffekte der jahrzehntelang erfolgreichen Globalisierung (vor allem den massiven Verlust industrieller Arbeitsplätze) in den USA wieder wettzumachen, wobei nicht nur China, sondern auch die Europäer als Problem gesehen werden. Der Beauftragte des Präsidenten für Handelsfragen, Robert Lighthizer, gilt als der konzeptionelle Kopf dieser Politik. Von Ländern, die eine positive Handelsbilanz gegenüber den USA haben, sollen Zugeständnisse erzwungen werden, um eine ausgeglichene Bilanz zu erreichen. Länder, die mehr Waren in die USA exportieren, als sie von dort einkaufen, sollen also mehr US-Waren abnehmen oder weniger in die USA verkaufen. Zudem

soll mit Blick auf China dafür Sorge getragen werden, dass Technologiefirmen, die in sensiblen Bereichen, vor allem im Bereich der nationalen Sicherheit, tätig sind, nicht durch chinesische Investoren aufgekauft oder durch chinesische Staatsfirmen oder staatsnahe Firmen aus den Märkten verdrängt werden.

Seit vergangenem Jahr macht die Trump-Regierung mit ihrer bis dato nur angekündigten Politik Ernst und hat vor allem – aber keinesfalls ausschließlich – China im Visier. Unter Berufung auf eine Bestimmung (Section 232) des Trade Expansion Acts hat Präsident Trump aus Gründen der nationalen Sicherheit im Juli 2018 Zölle von 25 Prozent auf verschiedene chinesische Produkte verhängt, deren Einfuhrwert pro Jahr etwa bei 50 Milliarden US-Dollar lagen. China verhängte Gegenzölle, reagierte aber sonst nicht. Deshalb verhängte Trump im September 2018 auf weitere chinesische Waren Zölle – nun in der Größenordnung von 200 Milliarden US-Dollar.

Im Dezember 2018 willigte China in Verhandlungen mit den USA über eine Neuregelung der Handelsbeziehungen ein, die allerdings im Mai 2019 ergebnislos abgebrochen wurden. Deshalb droht nun eine weitere Eskalationsrunde: Ab Dezember 2019 werden Zölle von zehn Prozent auf Mobiltelefone, Laptops, bestimmtes Spielzeug und manche Kleidungsstücke gelten – fast der gesamte Warenverkehr wäre davon betroffen. Die chinesische Führung hat anfangs mit Vergeltungszöllen geantwortet. Mittlerweile lässt sie die eige-

ne Währung (den Renminbi) abwerten, was dazu führen dürfte, dass die Auswirkungen der Zölle deutlich schwächer ausfallen werden.

In Peking stellt man sich darauf ein, dass mit der Trump-Regierung keine vernünftige Vereinbarung zu schließen sein wird und setzt nun auf das Prinzip Hoffnung. Mit einem anderen US-Präsidenten könne entweder 2021, spätestens aber 2025 eine andere Politik einsetzen – so lautet die chinesische Hoffnung. Tatsächlich wird die Politik der Trump-Regierung in den USA außerhalb der Republikanischen Partei aufs Heftigste kritisiert. Auch ist ihr Erfolg fraglich. Vor allem Ökonomen gehen davon aus, dass Trump zwar bisher zögerlich behandelte Probleme deutlich anspreche, aber seine Handlungen nicht durchdacht sind. Mittelfristig würde sein aggressives Verhalten sowohl der US-Wirtschaft, als auch der gesamten Weltwirtschaft schaden, so Wirtschaftsexperten. Zudem: Bisher habe



Ab Dezember 2019 erheben die USA Zölle auf Mobiltelefone, Spielzeug und Kleidungsstücke – also fast auf den gesamten Warenverkehr



Seit Mai boykottiert die US-Regierung den chinesischen Smartphone-Hersteller Huawei. Dessen Verkaufszahlen brachen daraufhin auch in Europa ein

Trumps Politik gegenüber China keine Veränderungen bewirkt und das ihm zur Verfügung stehende Instrumentarium sei weitgehend ausgereizt.

Die große Frage ist: Wie wird China weiter reagieren? Der Führung in Peking war lange Zeit wichtig, die vielen Vorteile und Vorsprünge des Westens wettzumachen und strukturelle Nachteile aufzuheben. Den Chinesen stieß sauer auf, dass alle Regeln, Institutionen und Instrumente der globalen Weltwirtschaft, des Transports und der Kommunikation von westlichen Staaten, hauptsächlich von den USA, geprägt worden sind. Das trifft auf die internationalen Verträge zur Handelsliberalisierung ebenso zu wie für die Mechanismen der Verrechnung von Exporten und Importen in westlichen Leitwährungen. Diese erfolgen vor allem in US-Dollar. Die USA dominieren zudem die Weltmeere, was die Chinesen als mögliche Bedrohung ihrer Sicherheit sehen. China wird deshalb noch stärker als bisher versuchen,

seinen eigenen Weg zu gehen, ohne von anderen (vor allem nicht von den USA) abhängig zu sein. Das Ziel: eigene internationale Institutionen, Infrastruktur für Handel und ausländische Investitionen sowie eine Kontrolle über digitale Medien zu erreichen.

China wird sich andere Märkte erschließen und vor allem das Projekt der „Belt-and-Road-Initiative“ mit zusätzlichem Elan betreiben. In Zentralasien und Afrika werden die Chinesen noch mehr Straßen und Häfen bauen, weltweit Freihandelsverträge abschließen und digitale Kommunikationsplattformen in vielen Ländern aufstellen. Außerdem werden sie noch mehr Geld in ausländische Unternehmen investieren und versuchen, Zugang zu Rohstoffen zu erhalten, die sie selbst im Land nicht vorhalten können.

Im derzeitigen „Wirtschaftskrieg“ zwischen den USA und China wird es keinen Sieger und keinen Verlierer geben. Aber die Ereignisse markieren ei-

nen Trend, in dessen Verlauf sich China und die USA wirtschaftlich auseinanderentwickeln – mit voraussichtlich weitreichenden politischen Folgen. Dieser Prozess hat gewisse Ähnlichkeiten mit der wirtschaftlichen Rivalität zwischen Großbritannien und Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Man sollte aber mit Vorhersagen vorsichtig sein.

Tatsächlich ist der Ausgang dieses Prozesses ungewiss – übrigens genauso wie zu Anfang des 20. Jahrhunderts, als eine Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und dem britischen Empire durchaus eine reale Option war und weitgehend an der Ignoranz und der Selbstüberschätzung der deutschen Elite scheiterte.

Der heutige Prozess der wirtschaftlichen Entflechtung Chinas und der USA könnte das Vorspiel einer weitgehenden Rivalität und anschließenden Blockbildung werden, die auch zu militärischen Auseinandersetzungen und zu wirklichen „Wirtschaftskriegen“ führt. Er könnte aber auch anders ausgehen. Sicher ist aber: Die politische Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und China wird entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft der Welt beinhalten. ■

PROF. DR. JOACHIM KRAUSE ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, geschäftsführender Herausgeber von „SIRIUS“, der Zeitschrift für strategische Analysen, sowie Vorstandsvorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Demokratie.